

Tanjev Schultz |
Klaus Hurrelmann (Hrsg.)

Die Akademiker- Gesellschaft

Müssen in Zukunft alle
studieren?

Tanjev Schultz | Klaus Hurrelmann (Hrsg.)
Die Akademiker-Gesellschaft

Pädagogische Streitschriften

Herausgegeben von
Klaus Hurrelmann | Tanjev Schultz

Tanjev Schultz | Klaus Hurrelmann (Hrsg.)

Die Akademiker- Gesellschaft

Müssen in Zukunft alle studieren?

BELTZ JUVENTA

Die Herausgeber

Klaus Hurrelmann, Dr., Professor of Public Health and Education,
Hertie School of Governance Berlin; hurrelmann@hertie-school.org

Tanjev Schultz, Dr., Politischer Redakteur der Süddeutschen Zeitung;
tanjev.schultz@sueddeutsche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags
unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2013 Beltz Juventa · Weinheim und Basel

www.beltz.de · www.juventa.de

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

ISBN978-3-7799-5135-3

Inhalt

Vorwort	7
<i>Tanjev Schultz und Klaus Hurrelmann</i> Die Akademiker-Gesellschaft – warum diese Streitschrift?	11
Der Trend zum Studium: historische und empirische Grundlagen	
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i> Statuskonstruktion und Qualifikationsbedarf. Akademisierung in historischer Sicht	18
<i>Ulrich Teichler</i> Hochschulexpansion – auf dem Weg zur hochqualifizierten Gesellschaft?	30
Chancen der Akademisierung: Hoffnungen und Notwendigkeiten	
<i>Jörg Dräger</i> Der Drang nach höherer Bildung ist unaufhaltsam. Warum sich Hochschulen und Ausbildungssystem dringend wandeln müssen	44
<i>Joachim Lohmann</i> Ist die Dualität beruflicher und akademischer Bildung zukunftsfähig?	54
<i>Dieter Timmermann</i> Der Ansturm auf die Hochschulen aus Sicht des Deutschen Studentenwerks	73
<i>Nicolai Müller-Bromley</i> Zwei Welten des Akademischen – die Perspektive der Fachhochschulen	84
<i>Katharina Mahrt und Daniel Kutscher</i> (unter Mitarbeit von Franziska Hilbrandt und Heike Wehage) Bildung als Menschenrecht und die Öffnung der Hochschulen	98

<i>Johann Osel</i>	
„Die nimmt nicht mal der Pförtner ernst“. Der Bachelor als Schmalspurakademiker. Ein Plädoyer für den Master als Regelabschluss	109
Risiken der Akademisierung: Probleme und Widersprüche	
<i>Heinz-Peter Meidinger</i>	
Auf dem Weg zum Vollkasko-Abitur? Ursachen und mögliche Folgen des Akademisierungswahns	122
<i>Barbara Ischinger und Kathrin Höckel</i>	
Die Wissensgesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft von Akademikern. Lehren aus internationalen Erfahrungen	144
<i>Otto Kentzler</i>	
Die Stärken des Handwerks und die Probleme einer Akademisierung	155
<i>Jan Grossarth</i>	
Bildung wie in einer Fabrik – die Gefahren einer Überproduktion	162
<i>Eva Kuda und Jürgen Strauß</i>	
Akademisierung als Königsweg? Eine gewerkschaftliche Perspektive	176
<i>Tanjev Schultz</i>	
Ware Bildung oder wahre Bildung. Statuskonkurrenz oder Emanzipation?	195
Zum Schluss	
<i>Wolfgang Vogelsaenger</i>	
Mehr oder weniger Vielfalt? Begabungen und Bildungswege im deutschen Bildungssystem	206
<i>Julian Nida-Rümelin</i>	
Der nächste Bildungsnotstand	216
<i>Klaus Hurrelmann und Tanjev Schultz</i>	
Müssen in Zukunft wirklich alle studieren?	220
Die Autorinnen und Autoren	230

Vorwort

Im Verlag Beltz Juventa sind in diesem und im vergangenen Jahr die ersten drei Bände der Buchreihe „Pädagogische Streitschriften“ erschienen. In jeder Publikation wird ein aktuelles Thema aus Bildungspolitik und Pädagogik aufgegriffen, hinter dem ein bisher ungelöstes Problem steht und das zugleich grundsätzliche Fragen aufwirft. Dieses Thema wird von Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern kontrovers diskutiert.

Die Kernidee ist: Es sollen nicht die Suche nach einem Konsens oder einem Kompromiss im Vordergrund stehen, sondern die Alternativen zur Lösung des Problems herausgearbeitet und gegeneinander gestellt werden. Die Bücher sind als Streitschriften angelegt, die zu einer argumentativ auf „Ja“ oder „Nein“ ausgelegten Auseinandersetzung zum Thema einladen.

Die beiden ersten Bände der Reihe haben im Jahr 2012 die Themen behandelt: „Jungen als Bildungsverlierer: Brauchen wir eine Männerquote an Kitas und Schulen?“ sowie „Bildung und Kleinstaaterei: Brauchen wir mehr Zentralismus?“. Der dritte Band fragte im Jahr 2013: „Staatshilfe für Eltern: Brauchen wir das Betreuungsgeld?“

Hier liegt nun die vierte „Pädagogische Streitschrift“ vor und stellt sich dem Thema: „Die Akademiker-Gesellschaft: Müssen in Zukunft alle studieren?“ Es geht um die Frage, ob und wie sich der Trend zur Akademisierung in Bildung und Ausbildung fortsetzt, welche Folgen dies hat – und wie dies zu gestalten und zu bewerten ist.

„Studieren“ wird dabei gleichgesetzt mit dem Besuch von Hochschulen, die ein mehrjähriges Ausbildungsprogramm mit bestimmten wissenschaftlichen Anforderungen anbieten. Wird ein solches Programm erfolgreich abgeschlossen, erwirbt der Studierende einen akademischen Grad, der meist nach einer Hochschulprüfung durch eine Urkunde besiegelt wird („Graduierung“). Die Studiengänge an den deutschen Hochschulen bieten

heute meist die akademischen Grade „Bachelor“ oder „Master“ an, die seit etwa 2004 von der EU als vergleichbare Abschlüsse empfohlen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt herrschten in Deutschland die Abschlüsse Diplom und Magister vor, die in etwa dem Master entsprechen. Es gab kaum Abschlüsse, die dem heutigen Bachelor gleichgestellt waren. Die meisten Studiengänge waren auf mindestens vier, in der Praxis fünf oder sechs Jahre Laufzeit ausgelegt. Der Bachelor kann in der Regel in drei Jahren erworben werden und hat auf diese Weise indirekt die Zugangsschwelle zu einem Hochschulstudium abgesenkt.

Das „Studium“ ist durch einen hohen Anteil von wissenschaftlich orientierter Theorie und Methode gekennzeichnet und bildet damit einen Kontrast zur „Berufsausbildung“, die eher auf die Bewältigung von konkreten Praxis Herausforderungen und direkt auf die Vermittlung der Kompetenz für die Ausübung eines bestimmten Gewerbes oder einer Dienstleistung ausgerichtet ist. In den heutigen, hoch entwickelten Arbeitsgesellschaften gehen in jede Berufsausbildung mehr und mehr theoretische und methodische Kenntnisse und Kompetenzen ein, die eine wissenschaftliche Basis haben. Setzt sich dieser Trend fort, dann müssten im weiten Sinne des Wortes in der Tat bald alle Menschen „studieren“, wenn sie für den Arbeitsmarkt kompetent werden wollen.

Für die deutsche Diskussion hat die Gegenüberstellung von „Studium“ und „Berufsausbildung“ aber eine ganz besondere Bedeutung, weil wir im Unterschied zu den meisten anderen Ländern ein ausgebautes „Duales System“ der Berufsausbildung haben, das sich absichtlich und ausdrücklich von einem Hochschulstudium unterscheidet. Aus diesem Grund ist die Antwort auf die Frage „Müssen in Zukunft alle studieren?“ zugleich mit der Entscheidung verbunden, ob die traditionelle Trennung von Studium und Berufsausbildung aufrechterhalten werden sollte oder nicht. Dahinter verbergen sich viele ungelöste und kontrovers diskutierte Fragen: zur Struktur der Hochschulausbildung und zu ihren institutionellen Voraussetzungen; zum Erfolg und zu den Perspektiven des dualen Ausbildungssystems in Deutschland; zu den Anforderungen an die Arbeitnehmer und Staatsbürger der Zukunft; zum Verhältnis von Allgemeinbildung und fachlicher Spezialisierung; zum Umgang mit unterschiedlichen

Talenten und Interessen; zur Durchlässigkeit von Bildungsgängen; zur Verwirklichung der Idee des „lebenslangen Lernens“; und schließlich zu Milieus und zur sozialen Struktur der Gesellschaft und zur Gerechtigkeit bei den Bildungsverläufen.

Diese Aspekte werden in der bildungspolitischen Diskussion zwar immer wieder thematisiert, jedoch selten systematisch unter der provokanten Leitfrage behandelt, ob in Zukunft alle studieren müssen oder nicht.

In Deutschland lösen die Studien der OECD, vor allem die alljährlich erscheinenden Berichte „Bildung auf einen Blick“ (Education at a Glance), regelmäßig Kontroversen darüber aus, ob der im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch immer geringe Anteil von Akademikern in Deutschland problematisch sei. Dabei wird meist auf die Besonderheit des deutschen Ausbildungssystems verwiesen. Von anderen wird dagegen mit den wachsenden Anforderungen in einer wissensbasierten Ökonomie argumentiert.

Unabhängig davon, wie man dies bewertet: Es ist ein Faktum, dass auch in Deutschland der Anteil der Abiturienten und Studenten in einem Altersjahrgang in den vergangenen Jahren weiter gestiegen ist. Hält dieser Trend an, werden auch bei uns Akademiker bald die Mehrheit in der Gesellschaft stellen. Bereits jetzt klagen etliche Handwerksbetriebe, kleine und mittlere Unternehmen, die teils selbst in die duale Berufsausbildung investiert oder deren Absolventen eingestellt haben, es fehle der Nachwuchs. Zugleich leiden viele Hochschulen unter Überlastung, weil von Jahr zu Jahr der Anteil der Studierenden steigt.

Was hat das für Auswirkungen auf das soziale Gefüge, auf die Wirtschaft, auf das Profil der Schulen und Hochschulen? Sollte die Bildungspolitik den Trend zur Akademisierung befördern oder hemmen – beziehungsweise: in welche Bahnen sollte man ihn lenken, sofern das überhaupt möglich ist? Eine kritische Diskussion darüber, wie Politik und Gesellschaft mit der Akademisierung umgehen sollten, erscheint überfällig. Klärungsbedarf gibt es sowohl in empirischer wie in normativer Hinsicht.

Die Autorinnen und Autoren wurden gebeten, wenn möglich ihre Argumente so zuzuschneiden, dass sie die Frage „*Müssen in Zukunft wirklich alle studieren?*“ entweder mit „Ja“ oder mit „Nein“ beantworten. Durch diese Akzentsetzung sollen die Bei-

träge eine klare Diktion und einen provokativen Ton erhalten, der die Leserinnen und Leser anregt, das Thema ihrerseits kontrovers weiter zu diskutieren. So ergreifen nun Wissenschaftler und Publizisten, Studenten und Lehrer, Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften leidenschaftlich Partei: für oder gegen eine Gesellschaft, in der Akademiker immer wichtiger werden. Zusätzlich haben wir andere Autorinnen und Autoren eingeladen, grundsätzliche Überlegungen zur Entwicklung des Bildungssystems und zum Trend der Akademisierung beizusteuern. Als Herausgeber bedanken wir uns für die interessanten und meinungsfreudigen Beiträge und wünschen uns, dass sie eine lebhaft Diskussion auslösen.

Tanjev Schultz und Klaus Hurrelmann

Literatur

- Hurrelmann, K. und Schultz, T. (Hrsg.) 2012: Jungen als Bildungsverlierer: Brauchen wir eine Männerquote an Kitas und Schulen? Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schultz, T. und Hurrelmann, K. (Hrsg.) 2012: Bildung und Kleinstaaterei: Brauchen wir mehr Zentralismus? Weinheim/Basel: Beltz Juventa
- Hurrelmann, K. und Schultz, T. (Hrsg.) 2013: Staatshilfe für Eltern: Brauchen wir das Betreuungsgeld? Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Die Akademiker-Gesellschaft – warum diese Streitschrift?

Ein Studium ist nichts Besonderes mehr. Der Anteil junger Menschen, die eine Hochschule besuchen, ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen. Schon bald könnten mehr als die Hälfte eines Jahrgangs in Deutschland einen akademischen Abschluss erwerben. Auch diejenigen, die nach der Schule eine Ausbildung absolvieren, entscheiden sich im Laufe ihres Lebens oft doch noch für ein Studium. In anderen Staaten ist ein hoher Akademiker-Anteil bereits selbstverständlicher als in Deutschland. Hierzulande, so sehen es viele Bildungsexperten, gebe es noch Aufholbedarf. Nicht nur der wirtschaftliche Erfolg eines Landes hänge davon ab, mehr Hochqualifizierte zu gewinnen. Es ergäben sich zudem positive Effekte für die politische Partizipation und das kulturelle Leben in der Gesellschaft, aber auch für das Wohlbefinden der Individuen, wenn sie die für ein Studium wichtigen reflexiven Kompetenzen eingeübt haben. Ein hoher formaler Bildungsstand erscheint als günstig für den Wohlstand und die Gesundheit der Bevölkerung eines Landes (vgl. Piopiunik/Wößmann 2010).

Andererseits lösen das ungebremste Streben nach der Hochschulreife und nach einem Studienplatz auch Bedenken und Sorgen aus: Was ist ein akademischer Abschluss überhaupt noch wert, wenn ihn (fast) alle haben? Und verliert die Gesellschaft dann nicht seine Basis an Handwerkern und Facharbeitern, die maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beigetragen haben?

Die Frage „Müssen in Zukunft wirklich alle studieren?“ hat deshalb einen provozierenden Klang. Dahinter verbergen sich empirische ebenso wie normative Unsicherheiten. Empirisch betrachtet geht es nicht nur darum, ob die Gesellschaft und speziell

die Betriebe und Unternehmen mehr Akademiker benötigen. Es geht auch um die subjektive Komponente: ob in Zukunft alle glauben, sie müssten studieren; ob also der Wunsch nach dem Abitur und einem Studium sich noch weiter verbreitet. Vieles spricht dafür, dass dies so sein wird. Ob und wie die Akademiker der Zukunft „gebraucht“ und eingesetzt werden, lässt sich schon nicht mehr ganz so gut vorhersagen. An diese Unwägbarkeit können die normativen Überlegungen anschließen, ob es denn gut und sinnvoll ist, wenn in Zukunft alle studieren. Was bedeutet das für den Charakter eines Studiums? Und was ist eigentlich mit der dann immer geringer werdenden Zahl an Menschen, die es am Ende doch nicht schaffen, einen akademischen Abschluss zu erlangen – welche Position können sie in der Gesellschaft noch einnehmen? Die Quote der Hochschulabsolventen ist nicht nur ein Produkt des Bildungssystems (und wirkt auf dieses zurück), sie hat Folgen für den Aufbau der Gesellschaft insgesamt, für den Zuschnitt sozialer Milieus und die kommunikative Ordnung der Gesellschaft. Wenn sich das Land immer mehr in ein Land der Akademiker verwandelt, wird davon kein Lebensbereich unberührt bleiben.

Akademiker suchen gern die Gesellschaft ihresgleichen. Das zeigt sich beispielsweise in der Partnerwahl: Akademiker heiraten Akademikerinnen. Da junge Frauen im Bildungssystem längst den gleichen Stand wie die jungen Männer erreicht haben (sie die Männer in vielen Hinsichten sogar überholt haben), verliert das früher verbreitete Modell „Chefarzt/Manager heiratet Sekretärin“ an Boden. Das hat Auswirkungen auf die soziale Mobilität, denn Sekretärinnen, Arbeiter und Ungelernte gibt es durchaus noch immer. Bleiben sie, auch mit Blick auf Partnerschaften, Kinder und das Freizeitverhalten, weitgehend unter sich, werden die Grenzen zwischen den verschiedenen sozialen Milieus undurchlässiger. Die Bildungsexpansion kann in der Gesellschaft paradoxe Effekte haben: Obwohl immer mehr Menschen Zugang zu höheren Abschlüssen erhalten, können zugleich die milieus- und schichtbezogenen Grenzziehungen nach unten starrer werden. Freilich ist das nicht zwangsläufig so. Ein durchlässiges Bildungssystem und eine entsprechende Förderkultur können solchen Entwicklungen entgegenwirken. Worauf es uns hier vor allem ankommt: Ob es mehr oder weniger Studenten gibt, ist keine Frage,

die allein interessant ist für die Bildungsminister oder die Arbeitgeber. Hinter den Zahlen steckt ein sozialer Wandel, der die gesamte Gesellschaft betrifft und unmittelbar in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger hineinwirkt.

Schon wieder ein Epochen-Begriff?

Von einer „Akademiker-Gesellschaft“ zu sprechen, erinnert an die Inflation von Epochen-Begriffen, mit denen soziale Trends auf den Punkt gebracht werden sollen. In solchen Zeitdiagnosen ist beispielsweise die Rede von einer „Informationsgesellschaft“, einer „Wissensgesellschaft“, einer „Freizeitgesellschaft“, „Konsum-“, „Risiko-“ oder „Erlebnisgesellschaft“. Die entsprechenden Etiketten spitzen zu und blenden vieles aus, weshalb Kritiker gerne und oft zu Recht hinterfragen, ob diese Schlagworte wirklich helfen, die Gesellschaft zu verstehen. Andererseits können sie einen Beitrag dazu leisten, bestimmte Entwicklungen in den Fokus der öffentlichen Debatte zu bringen, und die Selbstverständigung der Gesellschaft dadurch befördern.

Eine Gesellschaft, in der alle oder fast alle ein Hochschulstudium durchlaufen, könnte man durchaus als „Akademiker-Gesellschaft“ bezeichnen. Die Frage bleibt, was sie – jenseits der formalen Abschlüsse – von anderen Gesellschaften unterscheidet. Nicht notwendigerweise sind Bildung, Wissen und die für eine Gesellschaft wichtigen Kenntnisse und Kompetenzen ja an akademische Bildungswege geknüpft. Unbestreitbar ist allerdings, dass in den vergangenen Jahrzehnten die formalen Qualifikationsanforderungen in vielen Berufen gestiegen sind.

Mittlerweile geben Akademiker fast überall den Ton an; so gesehen wird die Gesellschaft bereits heute von Akademikern dominiert. In den Parlamenten sitzen überwiegend Menschen, die einen Studienabschluss haben. Es gab und gibt zwar noch Spitzenpolitiker mit anderem Werdegang, aber ihre Zahl schwindet. Der Müllermeister Michael Glos (CSU) oder der Elektromechaniker Kurt Beck (SPD) waren Beispiele dafür, dass es Handwerker bis zum Bundesminister oder Ministerpräsidenten schaffen konnten. Doch möglicherweise sind das bereits Beispiele aus einer vergangenen Ära. Früher war es ebenfalls nicht unüblich,

dass Journalisten keinen Studienabschluss hatten. Heute ist das kaum noch denkbar. Und auch in vielen anderen Professionen gibt es einen Trend zur Akademisierung, in der Krankenpflege beispielsweise und nicht zuletzt im Bildungssektor selbst (wo nun zunehmend Studiengänge auf die Arbeit in Kindergärten vorbereiten).

Im Jahr 2010 erwarben 34 Prozent eines Jahrgangs die allgemeine Hochschulreife und 15 Prozent die Fachhochschulreife (zusammen 49 Prozent). Im Vergleich zu Ende der 1980er Jahre ist das eine Steigerung um fast 20 Prozentpunkte. Die Anteile für die beiden höchsten Schulabschlüsse steigen seit Jahren kontinuierlich weiter an. Das gilt ab 1990 auch für die ostdeutschen Bundesländer (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 95). Immer mehr junge Menschen haben damit Zugang zu Hochschulen und nehmen diesen auch wahr. Darüber hinaus sind die Regeln für den Zugang zu Hochschulen für Bewerber ohne Abitur gelockert worden, so dass auch für Nicht-Abiturienten ein Studium zusehends zu einer Option wird.

Mit der Entwicklung der Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Akademikern ergeben sich neue Ausdifferenzierungen. Es gibt nun nicht nur Absolventen, die entweder von einer Fachhochschule oder einer Universität kommen. Es gibt die Unterscheidung von Bachelor und Master und, zunehmend, von Hochschulen mit besonders guter oder weniger guter Reputation (eine Unterscheidung, die etwa in den USA seit Langem prägend ist). Dazu kommen weitere Differenzierungen: zwischen privaten und staatlichen Hochschulen, zwischen Studiengängen mit mehr oder weniger Praxisanteilen (bis hin zu dualen Studiengängen mit integrierter Berufsausbildung); von den verschiedenen Fächerkulturen ganz zu schweigen. Kurzum: Auch die „Akademiker-Gesellschaft“, wenn man sie so nennen mag, ist ein vielfältiges, durch innere Segmentierung und Stratifizierung gekennzeichnetes Gebilde. Wie diese Strukturen im Einzelnen aussehen, hängt nicht zuletzt davon ab, wie das Bildungssystem geordnet wird und wie die Gesellschaft auf den Strom in Richtung Hochschulreife und Studienabschluss reagiert – wie sie diesen Strom in welche Kanäle zu leiten und welche Dämme sie dabei womöglich zu errichten versucht.

Die Gestaltung des Bildungssystems

Wenn immer mehr junge Menschen ein Studium beginnen, hat das weitreichende Konsequenzen für die Bildungsinstitutionen. Die Hochschulen müssen auf den stärkeren Zustrom reagieren, sie brauchen die entsprechende räumliche und personelle Ausstattung, müssen sich aber auch auf eine in Teilen neue Klientel, auf neue Fächer und neue Anforderungen von Seiten der Wirtschaft einstellen. Der Wandel betrifft zudem das in Deutschland etablierte und lange Zeit als mustergültig geltende System der dualen Ausbildung. Ob und wie es sich in einer „Akademiker-Gesellschaft“ noch behaupten und wie es gegebenenfalls reformiert werden kann, ist eine der drängenden Fragen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Handwerker berichten zum Teil schon jetzt, dass ihnen der Nachwuchs fehlt. Auf der anderen Seite klagen Unternehmen in manchen Hochtechnologie-Sektoren ihrerseits über einen schon eingetretenen oder absehbaren Mangel an hochqualifizierten Fachkräften. Beide Klagen könnten, neben Reformen im Bildungssystem, zu einer veränderten Einwanderungspolitik führen.

Für den Staat stellt sich die Frage, ob und wie er überhaupt steuern kann, welche Ausbildungs- und Studienwege junge Menschen beschreiten. Der wirtschaftliche Bedarf an Germanisten ist ja nicht unbedingt so hoch wie der Bedarf an Ingenieuren. Allerdings geht es dabei nur um eine ökonomische Perspektive. Es lässt sich mit Recht fragen, ob eine Gesellschaft nicht in anderer als der ökonomischen Hinsicht von (möglichst vielen) Geisteswissenschaftlern profitiert. Und eine Steuerung der Ausbildungswege ist mit Sicherheit kein einfaches, zum Teil sogar ein fragwürdiges oder hoffnungsloses Unterfangen. Es gibt freilich Mechanismen und Initiativen, die bereits jetzt gewisse lenkende Wirkungen haben: die Breite und Struktur des Studienangebots, die Numerus-clausus-Regelungen der Hochschulen, Art und Höhe finanzieller Hilfen (wie BAföG, Stipendien) sowie gezielte Werbemaßnahmen, Quotierungen oder Prämien für bestimmte Berufe und Studienrichtungen.

Punktuelle Steuerungsversuche haben naturgemäß nur begrenzte Effekte. Entscheidend ist der Gesamtaufbau des Bildungssystems, sind also die möglichen Wege (und wie sie ausgebaut

und gestaltet sind) sowie die Anschluss- und Abschlussmöglichkeiten, die den Absolventen zur Wahl stehen. Insofern ist die Entwicklung der Akademikerquote direkt verbunden mit den Strukturen des Schulsystems, aber auch mit denen der beruflichen Bildung. Charakter und Bedeutung der Hochschulreife haben in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Wandel erfahren. Die Weichen, ob ein junger Mensch später Akademiker wird oder nicht, werden zwar noch nicht endgültig in der Schule gestellt. De facto handelt es sich aber in vielen Fällen um eine wichtige Vorentscheidung, die bereits am Ende der Grundschule getroffen wird – und bei der nicht allein das Urteil von Lehrkräften und die Leistungen der Schüler eine wichtige Rolle spielen, sondern auch die Bildungsaspirationen der Eltern. Typischerweise wünschen sich Akademiker, dass ihre Kinder ebenfalls einen akademischen Weg einschlagen. Die „Akademiker-Gesellschaft“ verstärkt sich aus sich selbst heraus.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: Bildung in Deutschland 2012. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Piopiunik, M., Wößmann, L. 2010: Volkswirtschaftliche Folgekosten unzureichender Bildung. In: Quenzel, G., Hurrelmann, K. (Hrsg.), *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 463-4757.

**Der Trend zum Studium:
Historische und empirische
Grundlagen**

Statuskonstruktion und Qualifikationsbedarf

Akademisierung in historischer Sicht

I.

„Müssen in Zukunft alle studieren?“, das ist, wenn sie nicht nur rhetorisch-alarmistisch gemeint ist (was ich den Herausgebern nicht unterstelle), wirklich eine radikale Frage. Eine positive Antwort würde nicht weniger als eine revolutionäre Transformation des deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystems bedeuten, vielleicht sogar der Sozialstruktur insgesamt. Radikal ist die Frage auch, weil sie Anschlussfragen impliziert, die für die deutsche Bildungsgeschichte ebenso gravierende Annahmen transportieren, zum Beispiel: „Dürfen damit auch alle Heranwachsenden einer Generation studieren?“ Bei einer positiven Antwort auf diese Frage, die ja eine Universalisierung des Abiturs voraussetzt, würden zumindest die Philologen über den Verlust an Selektivität und Unterscheidbarkeit ihrer Schulen klagen und die Hochschulen, zumal die Universitäten, sicherlich besorgt die nächste Frage stellen: „Können denn alle studieren, die vermeintlich studieren müssen (oder sollen)?“

Der in der Eingangsfrage unterstellte Trend zur universalen Akademisierung berührt also zahlreiche Dimensionen gesellschaftlicher Wirklichkeit: Wer nach dem „Müssen“ fragt, suggeriert Bedarf und belastet sich mit der Annahme, dass es zukünftig – oder schon heute – einen allein mit solcher Universalisierung zu stillenden „Bedarf“ gäbe, vor allem an Kompetenz, und zwar im allgemeinen wie beruflich. Wer das „Dürfen“ thematisiert, rekuriert auf die Selektivität, die den Zugang in den tertiären Bereich in Deutschland traditionell stark prägt. Ein Zwang zu

universaler Akademisierung wäre dann Egalisierung, ermöglicht, ja erzwungen als notwendige und vielleicht sogar unausweichliche Konsequenz der historischen Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft. Wer schließlich das „Können“ nachfragt, bezweifelt dann allerdings, dass ein Studium für alle im Blick auf die Unterschiedlichkeit der Individuen sinnvoll und realisierbar ist.

Besteht aber aktuell die Situation, die mit der Frage aufgeworfen wird? Hat sich – müsste man gleichzeitig fragen – die Struktur des Bildungssystems, das ja immer noch selektiv ist und heute keineswegs auf eine Egalisierung der Verteilung von Qualifikationen und Kompetenzen auf akademischem Niveau hinarbeitet, in seiner historischen Entwicklung bis heute so sehr von den harten Daten etwa der ökonomischen Entwicklung separiert, dass wir als erstes und dringend eine Reform in Richtung universaler Akademisierung einleiten müssen – wie man gelegentlich auch die OECD verstehen kann, wenn sie die ihrer Meinung nach zu niedrigen Quoten der Hochschulzugangsberechtigung am Altersjahrgang in Deutschland moniert? Bevor man diese strukturell neue Situation in den Daten sucht, sollte man zuerst den historischen Prozess der Akademisierung betrachten. Dabei können nämlich die Faktoren und Kräfte sichtbar werden, von denen die Dynamik des Bildungssystems bestimmt ist, und dabei kann auch besser geklärt werden, was die Rede vom „Bedarf“ an Kompetenzen und Qualifikationen im deutschen Bildungs- und Beschäftigungssystem bedeutet.

II.

Seit seinem Ursprung im ausgehenden 18., frühen 19. Jahrhundert und in seiner ganzen Entwicklung zu der modernen Gestalt, die wir heute beobachten, war das Bildungssystem zwar immer, systemisch und zyklisch, von den Problemen der Akademisierung betroffen, aber es hat diese Fragen doch immer und bevorzugt in Formen selektiver Konstruktion von Bildungskarrieren und Systemstrukturen beantwortet. Ungleichheit und Differenzierung ist die Logik des Bildungssystems – nicht nur in Deutschland – historisch gewesen und bis heute und zwar in mehrfacher Hinsicht geblieben: Ungleichheit war und ist das

Ergebnis schulischer Bildungsprozesse, gemessen in Zertifikaten und Leistungen und, zum Teil, erklärt über die Privilegierung sozialer Herkunft, die mit dem Bildungssystem einhergeht, weil es eine Umcodierung herkunftsbedingter Vorteile in Merkmale der intellektuellen Leistung vollzieht.

Strukturell, das heißt in der Bildungsorganisation, herrscht Ungleichheit, weil es bis weit ins 20. Jahrhundert die Trennung von Eliten- und Massenbildung gab, zunächst und bis 1918 in zwei voneinander unabhängigen, erst spät gegeneinander und dann auch nach oben hin durchlässigen Systemen der Volksbildung einerseits, der Gelehrten-, das heißt abiturbezogenen Bildung andererseits, die ihrerseits die Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung impliziert und bis heute stabilisiert haben. Diese beiden Systeme unterschieden sich, historisch, in mehrfacher Hinsicht: nach den *Lernzielen* (Indoktrination und Erziehung vs. Bildung und Wissenschaftspropädeutik), nach den *Lehrplänen* (volkstümlich vs. wissenschaftlich), nach den *Lehrern* (seminaristisch vs. universitär ausgebildet), nach den *Abschlüssen* (Entlassung ohne Abschluss vs. Abitur), nach den *aufnehmenden Instanzen* (handwerkliche oder industrielle Berufsausbildung vs. Hochschule und akademische Qualifizierung), auch nach der *Finanzierung* und zum Teil nach der *Trägerschaft*, und nicht zuletzt auch nach den *Adressatenbildern*, wenn das erziehungs- und tendenziell kontrollbedürftige Kind des Volkes hier und das zwar bildungsbedürftige, aber begabte Kind der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten dort unterschieden wurden.

Seit der Weimarer Republik gibt es zwar mit der Grundschule einen gemeinsamen Unterbau für diese beiden Bildungswege (wenn auch erst langsam vergleichbare, zum Beispiel wissenschaftsorientierte Curricula und eine Annäherung der Lehrerbildung), aber nach wie vor – und bis heute – lassen sich über die Abiturberechtigung die unterschiedlichen Bildungsgänge zumal im Sekundarbereich II nach ihrer Wertigkeit und das heißt nach der Anschlussfähigkeit im tertiären System beziehungsweise dem Zugang in berufliche Ausbildung im oberen Sekundarbereich unterscheiden. Erst in den Planungen für neue duale – „zweigliedrige“ – Systeme, wie in Hamburg, wo Stadtteilschulen und Gymnasien nebeneinander stehen, wird diese Unterscheidung aufgehoben, weil hier beide Bildungsgänge, obwohl nach Zeit

und Curricula unterschieden, dennoch zum Abitur führen. Man könnte sagen, dass damit die Wertigkeit der Bildungsgänge erstmals egalisiert wurde, denn alle eröffnen den Weg zum Abitur. Aber noch in diesen Systemstrukturen wird keineswegs Akademisierung universell gesetzt oder erwartet; denn ein Hochschulzugang für alle wird nicht angestrebt, Selektivität beim Erwerb des Abiturs und beim Hochschulzugang bleibt erhalten, nach der Leistung genauso wie nach der sozialen Herkunft, sie wird allenfalls durch die Erweiterung von Lernangeboten gemildert.

Man kann, vor dem Hintergrund dieser Strukturskizze, auch erkennen, welche gesellschaftlichen Erwartungen – und damit: welcher „Bedarf“ – mit diesem System bedient werden konnte und bedient wird. Politisch gesehen war Stabilisierung der Klassengesellschaft die erste Zuschreibung, verbunden mit expliziten Programmen der Bildungsbegrenzung und der Kontrolle des Zugangs in höherwertige Bildungsgänge und damit der Sicherung bürgerlicher Bildungsprivilegien; Demokratisierung und die Eröffnung gleicher Lernchancen für alle wird erst spät zum Programm. Kulturell ging mit diesem System zwar schon immer die Erwartung parallel, dass Kulturtechniken universalisiert würden, also Lesen und Schreiben, Rechnen, auch die Einübung in die öffentlich akzeptierten Tugenden, zuerst über religiöse Indoktrination und strikte Verhaltensstandards, eine Erweiterung dieser volkstümlichen Bildung um die „Realien“ (Naturwissenschaften etwa) oder eine gemeinsame Basis in wissenschaftsorientierten Curricula findet sich aber erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sozialstrukturell wurde die Differenz akademischer und anderer Kulturen bedient, mit dem Einjährig-Freiwilligen-Privileg der gemeine Soldat vom potentiellen Offizier unterschieden; das Abitur wiederum markierte die „Weiße-Kragen“-Linie in den je nach Bildungsweg denkbaren Berufsfeldern, also auch den Unterschied zum „Blaumann“, der sich die Hände schmutzig machen musste, um sich ökonomisch zu reproduzieren.

Ökonomisch gesehen war die dominierende, nach der Reputationshierarchie am meisten anerkannte Form der Akademisierung von Bildung bis weit ins 20. Jahrhundert immer noch mit den klassischen Berufen der universitären Fakultäten verbunden, und das heißt dann meist auch noch mit staatsabhängigen Berufen: Pfarrern, Richtern, Medizinern, Apothekern, Oberlehrern,

höhere Verwaltungsbeamte etc. Noch 1970 mündeten etwa 50 Prozent der akademischen Karrieren in diese Berufsfelder. Neue Akademisierungsprozesse finden zwar, von Universitäten abwertend-kritisch beobachtet und meist als unnötig eingestuft (wie bei den Dentisten oder Kaufleuten), außerhalb des Staatsdienstes statt, bei Ingenieuren und Technischen Hochschulen beispielsweise, in Handelsakademien und bei Volks- und Betriebswirten, dann über Diplomprüfungen reguliert. Aber selbst in den damit erzeugten neuen Beschäftigungsstrukturen zeigt sich ein deutscher Sonderweg: Noch 1970 besitzen nur 2 Prozent der in der Privatwirtschaft Beschäftigten eine akademische Qualifikation, deutlich weniger zum Beispiel als in Frankreich.

Der Bedarf an Akademikern ist also keine Naturtatsache oder ökonomisch oder technologisch eindeutig determiniert, sondern kontinuierlich abhängig von zahlreichen, national wie kulturell variierenden Faktoren: der Entwicklung der Qualifikationsanforderungen, der Dynamik der Ökonomie, den Mechanismen des Arbeitsmarktes, betrieblichen Rekrutierungsstrategien, der Funktion innerbetrieblicher Hierarchisierung nicht nur nach Aufgaben, sondern nach Qualifikationen und Zertifikaten, den Modi unterschiedlich ansetzender Bezahlung und ihrer Legitimation, politischen Legitimationszwängen, wie sie sich zum Beispiel in der Akademisierung der Lehrerbildung nach 1918 spiegeln. Bildungsgänge und Zertifikate spielen für die Stabilisierung dieser Mechanismen eine zentrale Rolle, nicht nur beim Staat. Industriebetriebe ordnen ihre Beschäftigungshierarchie nach den staatlichen Qualifikationsebenen (und man kennt in der Geschichte sogar „Siemens“- oder „Krupp-Beamte“). Selbst die Gewerkschaften bestätigen das System; denn Tarifverträge setzen auf die Hierarchieebenen, die schulisch – spätestens mit dem Reichsschulpflichtgesetz von 1938 – mit der Ebene der Schulen, der Fachschulen und der Hochschulen vorgegeben werden. Die Sozialpartner nutzen entsprechend die im Bildungssystem erworbenen Zertifikate, um die Differenzen der Bezahlung zu rechtfertigen (und kommen deshalb heute in so große Schwierigkeiten, wenn kleine Spartengewerkschaften, in denen sich zum Beispiel Angelernte ohne formale Qualifizierung sammeln, Macht ausüben und Gehaltssteigerungen unabhängig von den alten Legitimationsmustern durchsetzen wollen).

Nur eins gab es in diesem Prozess nicht: die Möglichkeit, einen irgendwie interessefreien, nicht an Statusbemühungen orientierten Maßstab für Akademisierung zu identifizieren. Auch im Streit zwischen Universitäten und Fachhochschulen, zumal in den Berufssegmenten, in denen sie auf dem Markt konkurrieren, wie bei den Ingenieuren, Sozialpädagogen oder Betriebswirten, unterstellen die Beschäftigungsträger längst eher als gleich, was in der Ideologie der Akteure als Differenz behauptet oder bestritten wird.

Immer in der deutschen Bildungsgeschichte, jedenfalls bis nach 1960, wurde dabei auch darauf geachtet, dass die Privilegien nicht verschleißen, die sich mit akademischer Bildung verbinden. Die Warnungen vor einer „Überfüllung“ der Hochschulen und der akademischen Berufe stehen am Beginn der Geschichte des deutschen Bildungswesens und wiederholen sich in Zyklen, in denen sich Angebot und Nachfrage austarieren. Die Sorge vor dem „akademischen Proletariat“ und den damit drohenden politischen und ideologischen Gefahren hat parallel Konjunktur und lässt zum Beispiel massive Ausgrenzungsstrategien, etwa gegen Juden in akademischen Berufen, bis 1933 immer neu entstehen. Das Versprechen des „Aufstiegs durch Bildung“, das seit dem frühen 20. Jahrhundert für alle Heranwachsenden als mögliche Perspektive für ihren Lebenslauf gemacht wird, war deshalb auch nie ein Egalisierungsprogramm, sondern immer nur die Chance, sich am Wettbewerb um Privilegien leistungsbezogen, also differenzproduzierend zu beteiligen – und allen Beteiligten war klar: für den Rest, also für die Mehrheit, bleibt der Rest. Was hätte auch das Aufstiegsversprechen für einen Sinn, wenn alle davon profitierten? Dann müsste man neue Differenz stiften, um unterschiedliche Anstrengung lohnend zu machen.

Die gesamtgesellschaftlichen Effekte dieses Bildungssystems waren im Übrigen keineswegs so konfliktuell, strittig und kontrovers, wie sie aktuell, vornehmlich aus der Perspektive sozialer Ungleichheit und der Schulleistung, dargestellt und öffentlich erörtert werden. Die ökonomische und technologische Modernisierung der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ist offenbar nicht gehindert worden; auch die Qualifikationserfordernisse, die mit dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ und der „zweiten industriellen Revolution“